

Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 148, 2017

1. Artikel/Grafik: Aufpasser soll Stromkunden schützen (20.02.2017)

2. Artikel: Care Energy: Pleite mit Ansage (20.02.2017)

„Die spektakulären Pleiten der Billigstromanbieter Teldafax und Flexstrom liegen inzwischen sechs beziehungsweise vier Jahre zurück. Teldafax hinterließ 750 000 Kunden, Flexstrom 550 000. Der Schaden lag jeweils bei mehr als einer halben Milliarde Euro. Noch immer läuft die Abzocke auf dem deutschen Energiemarkt aber weiter. Die Verbraucherzentralen registrieren Monat für Monat Tausende Beschwerden. Ganz vorne in den Statistiken der Verbraucherschützer lag zuletzt Care Energy. Das Unternehmen erleidet nun dasselbe Schicksal wie Teldafax und Flexstrom: Mehrere Unternehmen der Gruppe reichten zum Wochenende einen Insolvenzantrag ein. Der Energiemarkt verzeichnet die nächste Pleite - und wieder bleiben wohl Tausende geschädigte Kunden zurück. Schon bald sollen die Energiekunden aber nach Informationen des Handelsblatts endlich eine schlagkräftige Lobby bekommen: den Energiemarktwächter. Der Verbraucherzentrale-Bundesverband (VZBV) wird im Auftrag der Bundesregierung systematisch nach Betrügereien und Fehlentwicklungen fahnden und die Aufsichtsbehörden - Bundesnetzagentur, Bundeskartellamt, Landesbehörden oder Bundesregierung - informieren.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Angebot/Nachfrage/Preisbildung“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Ermitteln Sie die größten Unternehmenspleiten im deutschen Strommarkt in den vergangenen Jahren. Erschließen Sie sich deren jeweilige Ursachen.*
2. *Erläutern Sie, inwieweit die aktuelle Insolvenz des Unternehmens Care Energy als eine „Pleite mit Ansage“ beschrieben werden kann.*
3. *Arbeiten Sie die Folgen solcher Insolvenzen für die Kunden der Unternehmen heraus.*
4. *Beschreiben Sie vor diesem Hintergrund die aktuellen Pläne vonseiten der Politik und des Bundesverbandes der Verbraucherzentralen. Erschließen Sie sich Umfang, Zuständigkeiten und Zielsetzungen der geplanten Maßnahmen.*
5. *Geben Sie die diesbezüglichen Einschätzungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) wieder. Erörtern Sie dessen Interessen und Zielsetzungen.*

6. *Nehmen Sie begründet Stellung innerhalb der Kontroverse.*

3. Artikel: Avia: Leiser Abschied vom Heizöl (20.02.2017)

„Konkret will Avia sein Heizölsegment klimaneutral stellen. „Das heißt: Für jeden Liter Heizöl, den wir anbieten, investieren wir an anderer Stelle in konkrete Projekte, bei denen in gleicher Menge Treibhausgase effektiv eingespart werden“, erklärt Mark. „Dafür haben wir dieses Jahr eine Million Tonnen CO₂-Zertifikate gekauft.“ Heizöl wird dadurch nicht grün - wird es verbrannt, entsteht weiterhin Kohlendioxid. Aber Mark will durch den Kauf der Verschmutzungsrechte der Politik signalisieren, dass sich der Betreiber von mehr als 800 Tankstellen in Deutschland seiner ökologischen Verantwortung nicht entzieht. [...] Die Initiative des Managers ist weit weniger von selbstlosen, ökologischen Interessen getrieben, als es vielleicht auf den ersten Blick erscheint: Avia will die Politik davon abbringen, Ölheizungen zu verbieten - zumindest so lange, bis klimaschonende Brennstoffe parat stehen. Die Mineralölwirtschaft weiß genau: Unter Klimaschutzaspekten sind die 5,6 Millionen Öl-Heizkessel in Deutschland ein Desaster. Mehr als 40 Prozent der energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen entstehen im Wärmebereich. Von den 21 Millionen Heizungsanlagen in Deutschland werden fast 27 Prozent mit Öl befeuert. Soll die Energiewende gelingen, muss sich das ändern.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Charakterisieren Sie den Energieträger Heizöl hinsichtlich der Aspekte Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz.*
2. *Ermitteln Sie den Anteil von Heizöl im Bereich der Wärmegewinnung in Deutschland.*
3. *Setzen Sie sich vor dem Hintergrund der aktuellen Klimaschutzziele mit der Zukunftsfähigkeit des Heizöls auseinander.*
4. *Erläutern Sie in diesem Zusammenhang die aktuellen Maßnahmen des Unternehmens Avia. Erschließen Sie die hiermit verfolgten Zielsetzungen.*

4. Artikel: E-Mobilität: Mehr Tempo beim Tanken (21.02.2017)**5. Artikel/Grafik: Elektroautos finden endlich Anschluss (01.03.2017)**

„Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist nicht zu übersehen: Eine Million Autos will die Bundesregierung bis zum Jahr 2020 auf die Straße bringen. Ein Bruchteil davon ist heute zugelassen, etwa 60 000. Die Verkäufe reiner E-Autos sind 2016 sogar leicht gesunken - nur Fahrzeuge, die neben dem Elektroantrieb auch einen Verbrennungsmotor nutzen, sogenannte Plug-in-Hybride, legten etwas zu. Umso überraschender ist die Aufbruchsstimmung, die in der Branche herrscht. Überall in der Republik entstehen derzeit Hunderte Ladestationen. Energieversorger, Stadtwerke und auch Autobauer arbeiten daran, die löchrige Infrastruktur vor allem abseits der Metropolen zu schließen - hin zu einer flächendeckenden Versorgung.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Ermitteln Sie die politischen Ziele hinsichtlich der Stärkung der Elektromobilität in Deutschland. Überprüfen Sie, inwieweit diese erreichbar scheinen.*
2. *Erschließen Sie sich vor diesem Hintergrund Formen und Zielsetzungen der aktuellen Unternehmenskooperationen.*
3. *Erläutern Sie die Bedeutung und Notwendigkeit des Ausbaus des Netzes von Ladestationen.*
4. *Erklären Sie in diesem Zusammenhang, was generell unter dem Begriff der Infrastruktur verstanden wird.*

6. Artikel: Atomausstieg: Ärger auf der Zielgeraden (23.02.2017)

„Für ein paar Wochen hatte es so ausgesehen, als hätten Bundesregierung und Atombranche endlich einen gemeinsamen Weg gefunden, um den Atomausstieg abschließend zu klären. Doch mittlerweile stellt sich heraus, dass es zwischen der Bundesregierung und den Unternehmen unüberbrückbare Differenzen gibt. Dabei geht es um eine entscheidende Frage: Die Unternehmen wollen sich nicht darauf einlassen, ihre Klagen gegen die Brennelementesteuer zurückzunehmen. Aus Sicht der Regierung gehört das zum Deal. Die Unternehmen sehen das anders.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energiepolitik“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energimix der Zukunft“**

1. *Beschreiben Sie die Komplexität des Prozesses des Atomausstiegs. Benennen Sie die wesentlichen zu klärenden Fragestellungen.*

2. *Erschließen Sie sich den Status der Verhandlungen zwischen Politik und Wirtschaft. Überprüfen Sie, inwieweit eine endgültige Einigung vorliegt bzw. bevorsteht.*
3. *Ermitteln Sie die noch bestehenden Konfliktpunkte bzw. zu bewältigenden Herausforderungen.*

7. Artikel/Grafiken: Stadt Essen prüft Ausstieg bei RWE (23.02.2017)

„Essen und RWE - das gehört zusammen. Seit der Gründung im Jahr 1898 hat der Energiekonzern seinen Sitz in der Ruhrgebietsmetropole. Schon damals zog der damalige Oberbürgermeister in den Aufsichtsrat des neuen Unternehmens ein. [...] Jetzt prüft aber selbst die Stadt Essen den Ausstieg aus dem angeschlagenen Unternehmen. [...] Essen hat 18,8 Millionen RWE-Aktien - und hält damit rund drei Prozent der Anteile. Alles ist offen, die Stadt könnte auch Aktien in das neue Unternehmen Innogy umschichten, in das RWE das Zukunftsgeschäft mit der Energiewende abgespalten hat. Aber selbst die Prüfung ist ein Politikum und macht es dem Verband der kommunalen RWE-Aktionäre (VKA) nicht leicht, den kommunalen Block, der noch mit knapp 24 Prozent an RWE beteiligt ist, beisammenzuhalten. Im vergangenen Jahr stieg schon die Stadt Bochum aus, in anderen Städten und Gemeinden an Rhein und Ruhr laufen auch entsprechende Überlegungen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Energie und Makroökonomie“**

1. *Erschließen Sie sich die Beteiligungsstrukturen im RWE-Konzern. Ermitteln Sie die Stellung großer Kommunen an Rhein und Ruhr im Unternehmenskontext.*
2. *Erläutern Sie die hieraus resultierenden Beziehungen und Abhängigkeiten. Arbeiten Sie hierzu die Bedeutung der Unternehmensausschüttungen für die kommunalen Haushalte heraus.*
3. *Analysieren Sie, inwieweit sich die Rahmenbedingungen für die großen Energiekonzerne in den vergangenen Jahren verändert haben.*
4. *Ermitteln Sie die hieraus resultierenden Auswirkungen für den RWE-Konzern und seine kommunalen Anteilseigner.*
5. *Setzen Sie sich vor diesem Hintergrund mit den Interessen sowie den aktuellen strategischen Überlegungen der Stadt Essen und weiterer westfälischer Kommunen auseinander.*

8. Artikel: Ebbe in Gasspeichern (27.02.2017)

„Die deutschen Erdgasspeicher leeren sich in diesem Winter deutlich schneller als erwartet. Bei den Reserven seien „historische Tiefstände“ erreicht, warnt Sebastian Bleschke, Geschäftsführer der Initiative Erdgasspeicher (Ines). Ihr gehören Firmen wie Uniper, Gazprom Germania, EWE, VNG, RWE und Trianel an, die für mehr als 90 Prozent der Erdgasspeicherkapazität in Deutschland und knapp 25 Prozent in der EU stehen. Die Kälte der vergangenen Wochen und die Preisentwicklung sind laut Bleschke verantwortlich für die Engpässe.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“** und **„Energiepolitik“**

1. *Benennen Sie die Eckpunkte des energiepolitischen Zieldreiecks. Führen Sie jeweils kurz aus, was sich hinter diesen versteckt.*
2. *Ermitteln Sie den derzeitigen Stand der Erdgasreserven in Deutschland. Arbeiten Sie diejenigen Faktoren heraus, die hierauf Einfluss genommen haben.*
3. *Erschließen Sie sich die Diskussion bezüglich zukünftiger Strategien der Sicherstellung der Versorgungssicherheit im Gassektor. Stellen Sie hierbei auch die z. T. unterschiedlichen Bewertungen einander gegenüber.*

9. Artikel: Kohle-Konter der Gewerkschaft (01.03.2017)

„Für die Grünen ist der Kohleausstieg eines ihrer Kernthemen für die Bundestagswahl. [...] Im Januar hatten sie deshalb unter anderem an das Kanzleramt, verschiedene Bundesministerien, die Parteien, Sozialpartner und Umweltverbände das Konzept „Kohleausstieg rechtssicher und sozialverträglich gestalten“ verschickt. Darin fordern sie die Einrichtung einer „Kommission Nationaler Kohlekonens (KNK)“, die „einen Zeitplan für den schrittweisen und geordneten Ausstieg“ aus der Braunkohle „innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte“ entwerfen soll. Dabei müsse auf die Klimaschutzziele ebenso Rücksicht genommen werden wie auf die Beschäftigten, die Versorgungssicherheit oder den Industrie- und Wirtschaftsstandort. Es werde der Bedeutung des Themas nicht gerecht, „es allein aus dem Blickwinkel der Kampagnenplanung der bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen zu betrachten“, kontert Vassiliadis [Vorsitzender der Gewerkschaft IB BCE] in seiner Antwort.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Energiepolitik“** und **„Energemix der Zukunft“**

1. *Fassen Sie die derzeitige Diskussion um den Ausstieg aus der Kohleenergie zusammen. Benennen Sie die Befürworter und Gegner.*

2. *Geben Sie die aktuellen Vorschläge sowie zentralen Argumente der Partei Die Grünen in diesem Zusammenhang wieder. Ermitteln Sie die von ihr verfolgten direkten und indirekten Zielsetzungen.*
3. *Stellen Sie die Einschätzungen und Forderungen der Gewerkschaft IB BCE gegenüber und arbeiten Sie die auftretenden Konfliktlinien heraus.*
4. *Überprüfen Sie, inwieweit im vorliegenden Fall ökonomische und ökologische Zielsetzungen miteinander in Konflikt geraten.*

10. Artikel: Emissionshandel: EU-Staaten ebnen Weg für Reform (01.03.2017)

„Die EU-Staaten haben sich auf eine Reform des Emissionshandels in Europa verständigt. Die Vertreter der 28 Regierungen beschlossen am Dienstag mit Mehrheit einen Kompromiss, der den Klimaschutz stärken und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sichern soll. Damit die ab 2021 greifende Reform verabschiedet werden kann, muss sich der Rat der Mitgliedstaaten nun noch mit dem Europaparlament und der EU-Kommission einigen.“

➤ Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“ und „**Umweltschutz**“

1. *Erklären Sie grob die generelle Funktionsweise sowie die Zielsetzung des europäischen Emissionszertifikatehandels.*
2. *Geben Sie die aktuellen Veränderungspläne der Europäischen Union (EU) wieder. Erläutern Sie, welche in der Vergangenheit aufgetretenen Probleme hierdurch gelöst werden sollen.*
3. *Nehmen Sie begründet Stellung zur Frage, inwieweit die jetzigen Maßnahmen geeignet scheinen, den Klimaschutz deutlich zu verbessern.*
4. *Überprüfen Sie, inwiefern bei der jetzigen Vorgehensweise eine Abwägung zwischen ökologischen und ökonomischen Zielsetzungen und Interessen stattgefunden hat.*

11. Artikel/Grafik: Die neue Ölschwemme (06.03.2017)

12. Interview: Lazlo Varro (Internationale Energieagentur): „Die Schieferöl-Branche besitzt Kampfmutter“ (06.03.2017)

„Erdöl wird nicht knapp, wir schwimmen darin. Während sich der Ölpreis seit dem Zwölf-Jahres-Tief im vergangenen Jahr wieder auf 55 Dollar je Barrel verdoppelt hat, ist langfristig nicht mit steigenden Preisen zu rechnen. Das hat Folgen: Es bedeutet, dass

sich viele Hoch-Kosten-Projekte über Jahrzehnte, vielleicht sogar niemals lohnen werden. „Wir gehen daher davon aus, dass die Opec-Staaten im Nahen Osten, Russland und Teile der US-Ölindustrie ihre Kostenvorteile gegenüber anderen Förderländern in den kommenden 20 Jahren verstärkt ausspielen werden, um Marktanteile zu gewinnen. Die Billigproduzenten dürften schrittweise mehr und mehr Öl fördern und den Preis drücken, um so die Produzenten mit den höchsten Kosten aus dem Markt zu drängen“, sagt [der BP-Chefökonom] Dale. Gerade kleine bis mittelgroße Ölfelder in der Arktis oder der Tiefsee drohen auf ewig unrentabel zu werden. Hinzu kommt, dass die Schieferölproduzenten in den USA ihr großes Comeback feiern. Sie drängen mit neuer Macht an den Markt zurück. Es gilt: Nur die günstigsten überleben.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Energie und Makroökonomie“** und **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“**

1. *Beschreiben Sie die aktuelle Anbieterstruktur auf dem globalen Markt für Rohöl. Überprüfen Sie, welche Veränderungen in den letzten Jahren hier zu verzeichnen waren.*
2. *Geben Sie die im Artikel vorgestellten Prognosen hinsichtlich der zukünftigen Ausstattung von sowie Nachfrage nach Rohöl wieder.*
3. *Erläutern Sie die hieraus resultierenden Veränderungen des Marktgeschehens, sollten diese Prozesse wie vorhergesagt eintreten.*
4. *Ermitteln Sie Gewinner und Verlierer solcher Entwicklungsprozesse.*

13. Artikel/Grafik: Uniper zieht sich aus Sibirien zurück (07.03.2017)

„Uniper und Gazprom beenden ihre Kooperation bei der Förderung von Gas. Das deutsche Unternehmen, in das Eon Anfang vergangenen Jahres das alte Geschäft mit den Kohle- und Gaskraftwerken und den Großhandel abgespalten hat, steigt aus dem Gasfeld Juschno-Russkoje in Westsibirien aus, das mehrheitlich Gazprom gehört. [...] An der Börse kam die überraschende Ankündigung gut an: Die Uniper-Aktie legte zwischenzeitlich um mehr als drei Prozent zu. [...] Uniper löst mit dem Verkauf schließlich ein zentrales Versprechen weitgehend ein, das er vor einem Jahr dem Kapitalmarkt gegeben hat: Bis Ende 2017 will der 49-Jährige durch Verkäufe rund zwei Milliarden Euro einnehmen. [Das Unternehmen] ist auf die Entlastung dringend angewiesen. Die konventionellen Kraftwerke, die das Unternehmen von Eon übernommen hat, stehen wegen der Energiewende gehörig unter Druck. Weil der Markt mit Wind- und Solarenergie geflutet wird, werden die Kraftwerke aus dem Markt gedrängt und verdienen immer weniger.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“** und **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“**

1. *Erschließen Sie sich die Struktur des neu- bzw. ausgegründeten Unternehmens Uniper.*
2. *Arbeiten Sie heraus, aus welchen Gründen dieses derzeit „gehörig unter Druck steht“.*
3. *Erläutern Sie vor diesem Hintergrund die aktuelle Entscheidung hinsichtlich der Kooperation mit dem russischen Gasproduzenten Gazprom. Benennen Sie die im Wesentlichen verfolgten Zielsetzungen.*

Aufpasser soll Stromkunden schützen

Nach Teldafax und Flexstrom erlebt die Branche die nächste Pleite: Care Energy. Wieder bleiben wohl Tausende geschädigter Kunden zurück. Ein Marktwächter soll jetzt die Rechte der Verbraucher stärken.

Die spektakulären Pleiten der Billigstromanbieter Teldafax und Flexstrom liegen inzwischen sechs beziehungsweise vier Jahre zurück. Teldafax hinterließ 750 000 Kunden, Flexstrom 550 000. Der Schaden lag jeweils bei mehr als einer halben
10 Milliarde Euro. Noch immer läuft die Abzocke auf dem deutschen Energiemarkt aber weiter. Die Verbraucherzentralen registrieren Monat für Monat Tausende Beschwerden. Ganz vorne in den Statistiken der Verbraucherschützer lag zuletzt Care Energy. Das Unternehmen erleidet nun dasselbe Schicksal wie Teldafax und Flexstrom: Mehrere Unternehmen der Gruppe reichten zum Wochenende einen
15 Insolvenzantrag ein. Der Energiemarkt verzeichnet die nächste Pleite - und wieder bleiben wohl Tausende geschädigte Kunden zurück.

Schon bald sollen die Energiekunden aber nach Informationen des Handelsblatts endlich eine schlagkräftige Lobby bekommen: den Energiemarktwächter. Der
20 Verbraucherzentrale-Bundesverband (VZBV) wird im Auftrag der Bundesregierung systematisch nach Betrügereien und Fehlentwicklungen fahnden und die Aufsichtsbehörden - Bundesnetzagentur, Bundeskartellamt, Landesbehörden oder Bundesregierung - informieren. „Der Energiemarkt soll bald auch einen Marktwächter bekommen“, bestätigte Ingmar Streese, der beim VZBV den Bereich
25 Verbraucherpolitik leitet. Seit Frühjahr 2015 gibt es entsprechende Marktwächter schon für die Bereiche Finanzen und Digitales. In diesen Sektoren versuchen bereits spezielle Referate im VZBV, den Verbraucherschutz zu stärken. Den Marktwächter für Energie fordern die Verbraucherschützer seit Jahren, finden aber erst jetzt endlich Gehör. „Wir werden bald einen Projektantrag stellen - und wir sind zuversichtlich,
30 dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz diesen zügig genehmigen wird“, kündigte Streese an. Im Bundeshaushalt sind schon Mittel eingeplant, und mit dem zuständigen Justizministerium laufen Vorgespräche. „Wir wollen möglichst bald starten“, verspricht Streese. Das Ministerium bestätigte die Pläne. Gegenwärtig werde noch geprüft, wie die Aufbauphase des Marktwächters
35 Energie „unter förderrechtlichen Aspekten sinnvoll gestaltet werden kann“, hieß es. Staatssekretär Ulrich Kelber hat aber schon hohe Erwartungen: „Der Marktwächter Energie könnte in Anlehnung an die bereits bestehenden Marktwächter für Finanzen und für die digitale Welt ein Frühwarnsystem entwickeln, das verbraucherorientierte Marktbeobachtung ermöglicht, und damit eine wirkungsvolle, realitätsnahe und gut
40 verzahnte Verbraucherschutzpolitik unterstützen“, sagte er dem Handelsblatt.

Als Anschubfinanzierung sind für den Energiemarkt zwar nur 1,5 Millionen Euro vorgesehen. Das ist weniger als in den anderen beiden Bereichen, in denen jeweils
45 Millionen Euro pro Jahr gezahlt werden - und es ist auch weniger als die zehn Millionen Euro, die der VZBV schon vor drei Jahren in einem Positionspapier forderte. Allerdings greift das Team auf umfassende Arbeiten in den Landeszentralen zurück. Hier ist die Energieberatung schließlich schon seit Jahren ein Schwerpunkt.

Der Marktwächter soll nun die Meldungen, die vor Ort auflaufen, sammeln, auswerten
50 - und auffällige Anbieter sowie strukturelle Probleme aufdecken. Diese werden dann
an die Aufsichtsbehörden gemeldet. Der Marktwächter bündelt also die Arbeit der
Landeszentralen und systematisiert sie. Er bringt so die Kundennähe der
Verbraucherzentrale mit der staatlichen Aufsicht zusammen. Gleichzeitig ist ein
Austausch mit der Wissenschaft geplant. „Der Arbeitsauftrag lautet wie auch bei den
55 anderen Marktwächtern: erkennen, informieren, handeln'„, sagt Streese.

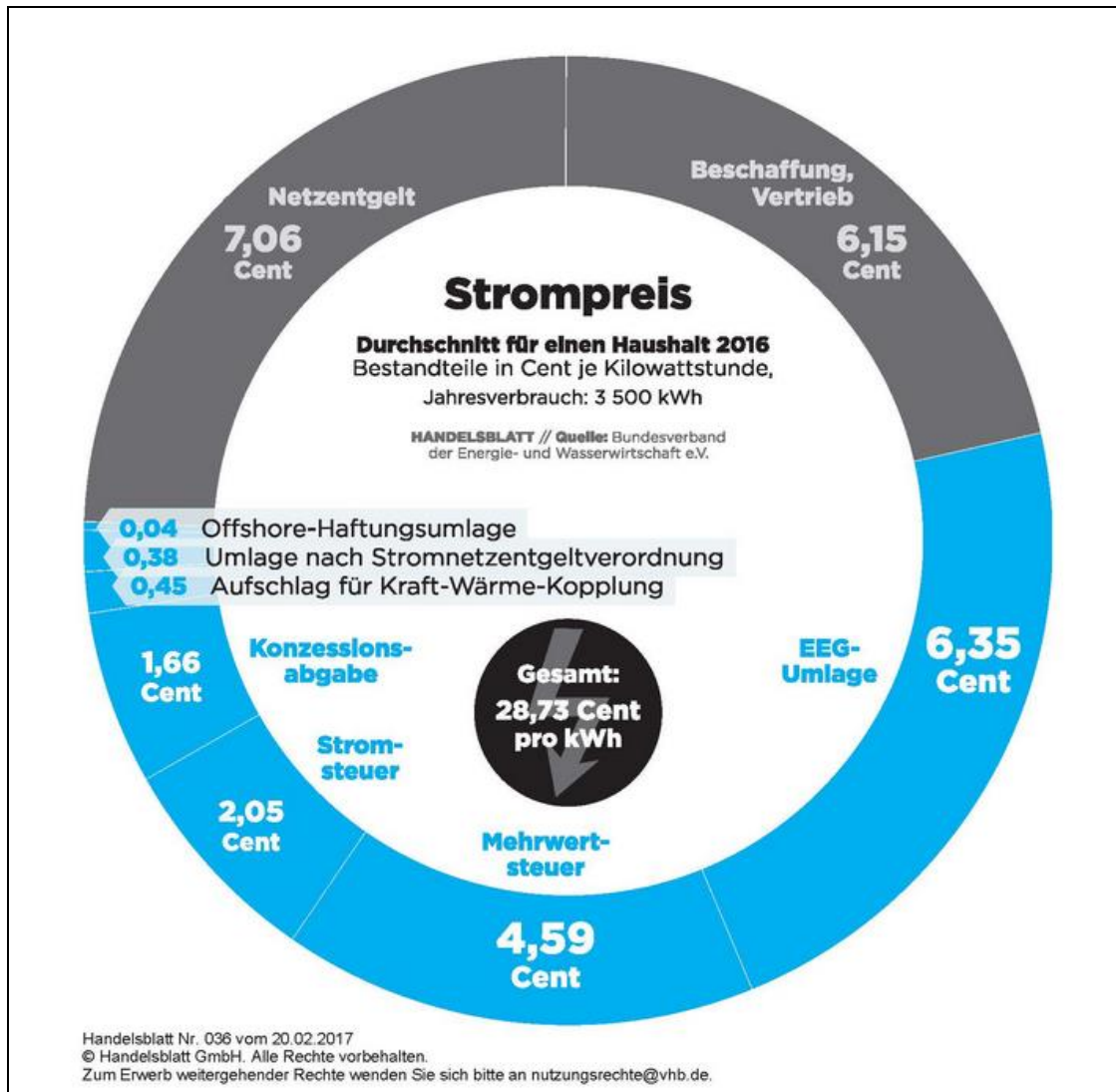
Tatsächlich sind die Verbraucherzentralen ein gutes Frühwarnsystem. Bei Teldafax,
Flexstrom und zuletzt Care Energy liefen bei ihnen schon früh Beschwerden auf. Die
Aufsicht versagte dagegen. Die Bundesnetzagentur ließ Teldafax bis zur Pleite mit
60 Dumpingpreisen bei den Kunden Vorkasse einsammeln, obwohl die Behörde schon
dreieinhalb Jahre vor der Insolvenz von Netzbetreibern auf Probleme hingewiesen
worden war. Dabei kann die Behörde einem Unternehmen den Geschäftsbetrieb
untersagen, wenn sie dessen „personelle, technische oder wirtschaftliche
Leistungsfähigkeit“ bezweifelt. Bei Care Energy wurde das zwar geprüft, den Stecker
65 zog die Netzagentur aber nicht. Durch den Marktwächter könnte der Handlungsdruck
auf die Behörde jetzt allerdings verstärkt werden.

Nach Streeses Worten gibt es noch andere „schwarze Schafe unter den Unternehmen“.
Pro Jahr werden die Verbraucherzentralen im Energiemarkt mit rund 100 000 Fällen
70 konfrontiert. Darunter sind neben allgemeiner Beratung noch immer viele
Beschwerden. „Die Unternehmen lassen sich immer wieder neue Geschäftsmodelle
einfallen, die man kritisch hinterfragen kann“, klagt der Verbraucherschützer. Aktuell
wird vor allem bei der Auszahlung zugesagter Boni getrickst - oder
Abschlagszahlungen werden beim Wechsel des Anbieters nicht zurückgezahlt.
75 Häufig werden die Kunden auch mit Billigangeboten angelockt, um später verdeckt
die Preise anzuheben. All diese Fälle laufen schon jetzt bei den Verbraucherzentralen
auf. Mit der Koordination über den Marktwächter sollen jetzt aber leichter größere
Probleme und systematische Betrügereien aufgedeckt werden.

Bei der Branche sorgen die Pläne jedenfalls schon für gehörigen Respekt. Der
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) lehnt das neue
Instrument jedenfalls ab: „Aus Sicht des BDEW gibt es keinen Bedarf für ein weiteres
Instrument der Marktüberwachung“, erklärte ein Sprecher auf Anfrage. Der
Energiemarkt sei sehr transparent und werde vom Bundeskartellamt und der
85 Bundesnetzagentur intensiv überwacht. Die Endkunden könnten sich auch so über die
vielen Vergleichsportale und Webseiten umfangreich informieren. Zudem könnten
sich die Kunden „an die unabhängige und neutrale Einrichtung der Schlichtungsstelle
Energie“ wenden. Diese wurde 2011 eingerichtet und wird gemeinsam vom VZBV
und den Verbänden der Energiewirtschaft getragen. Die Schlichtungsstelle ist aber
90 ausdrücklich nur für die Klärung einzelner Streitfälle ausgelegt.

„Nicht zuletzt die Pleiten von Teldafax und Flexstrom haben gezeigt, dass die
Aufsicht unzureichend ist“, weist Verbraucherschützer Streese die Bedenken der
Branche zurück.

95
Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 036, 20.02.2017, 20



Care Energy: Pleite mit Ansage

- Vor knapp einem Monat starb überraschend der Hamburger Unternehmer Martin Kristek. Jetzt ist die Energiefirma Care Energy, die der Österreicher gründete, pleite.
- 5 Für drei Unternehmen der Gruppe, die Care Energy AG, die Care Energy Holding GmbH und die Care Energy Management GmbH, wurden am Freitag Insolvenzverfahren eingeleitet. Vorläufiger Insolvenzverwalter wurde Rechtsanwalt Jan H. Wilhelm von hww Rechtsanwälte.
- 10 Es ist eine Pleite mit Ansage: Die Care-Energy-Gruppe narrete über Jahre hinweg die deutsche Energiewirtschaft. Den Aufstieg schaffte das Unternehmen mit einem fragwürdigen Geschäftsmodell: Care Energy sah sich nicht als Stromlieferant, sondern als Energiedienstleister, der statt Strom Nutzenergie in Form von Wärme oder Licht
- 15 lieferte. Dadurch nahm er für sich in Anspruch, den Kunden nicht die übliche EEG-Umlage in Rechnung stellen zu können. Entsprechend billig waren die Tarife und Care Energy brüstete sich einst damit, mehr als 400 000 Kunden unter Vertrag zu haben.
- Die Bundesnetzagentur ging aber schon 2013 gegen das Geschäftsmodell vor,
- 20 Netzbetreiber verklagten das Unternehmen auf eine zweistellige Millionensumme, und bei Verbraucherschützern häuften sich die Beschwerden. Mit Umstrukturierungen und neuen Geschäftsmodellen konnte Care Energy die Angriffe lange abwehren. Im Sommer 2016 verschärfte sich die Lage aber, als Netzbetreiber ihre Verträge mit der Care Energy AG kündigten, die dadurch einen Großteil der Kunden verlor. Aktuell
- 25 versorgt Care Energy nur noch rund 12 500 Kunden in Deutschland mit Strom und 2000 mit Gas.

Quelle: Flauger, J./Hubik, F./Iwersen, S., Handelsblatt, Nr. 036, 20.02.2017, 21

Avia: Leiser Abschied vom Heizöl

5 *Der Tankstellenverbund Avia kauft eine Million Verschmutzungszertifikate, um seine Heizölsparte klimaneutral zu stellen. Kritiker halten das für Marketing. Avia hofft, so einem Verbot von Ölkesseln zuvorzukommen.*

Es ist nicht so, als würde sich Holger Mark dem grünen Wandel völlig verwehren. Im Gegenteil. Der Chef des Tankstellenverbunds Avia hat mittlerweile vier Windparks im Bestand, die sauberen Strom produzieren. Das Kerngeschäft mit Öl und Gas ist
10 aber nach wie vor ein ökologisches Schmutzkind - und wird es absehbar auf lange Zeit auch bleiben. Mark kann daran wenig ändern. Schließlich ist Avia als fünftgrößter Tankstellenbetreiber ein reines Handelsunternehmen, das keine eigene Forschungsabteilung hat, die an klimaschonendem Treibstoff tüfelt. Der Manager will aber dennoch etwas tun, um das Image des Umweltverpesters loszuwerden.

15 „Wir stellen uns jetzt so auf, dass wir Teil einer erfolgreichen Energiewende sind und nicht das Problem“, sagte Mark dem Handelsblatt. Konkret will Avia sein Heizölsegment klimaneutral stellen. „Das heißt: Für jeden Liter Heizöl, den wir anbieten, investieren wir an anderer Stelle in konkrete Projekte, bei denen in gleicher
20 Menge Treibhausgase effektiv eingespart werden“, erklärt Mark. „Dafür haben wir dieses Jahr eine Million Tonnen CO₂-Zertifikate gekauft.“

Heizöl wird dadurch nicht grün - wird es verbrannt, entsteht weiterhin Kohlendioxid. Aber Mark will durch den Kauf der Verschmutzungsrechte der Politik signalisieren,
25 dass sich der Betreiber von mehr als 800 Tankstellen in Deutschland seiner ökologischen Verantwortung nicht entzieht. „Wenn alle Heizöllieferanten unserem Beispiel folgen würden, könnten wir ein Drittel der Treibhausgasemissionen im Gebäudebereich in Deutschland reduzieren“, sagt er. Avia macht 90 Prozent seines Umsatzes von rund 2,5 Milliarden Euro mit Mineralöl. Etwa 30 Prozent des
30 Mineralölabsatzes entfallen dabei auf Heizöl. Für den Geschäftserfolg von Avia ist außerdem entscheidend, womit deutsche Verbraucher heizen.

Die Initiative des Managers ist weit weniger von selbstlosen, ökologischen Interessen
35 getrieben, als es vielleicht auf den ersten Blick erscheint: Avia will die Politik davon abbringen, Ölheizungen zu verbieten - zumindest so lange, bis klimaschonende Brennstoffe parat stehen. Die Mineralölwirtschaft weiß genau: Unter Klimaschutzaspekten sind die 5,6 Millionen Öl-Heizkessel in Deutschland ein Desaster. Mehr als 40 Prozent der energiebedingten Kohlendioxid-Emissionen entstehen im Wärmebereich. Von den 21 Millionen Heizungsanlagen in Deutschland
40 werden fast 27 Prozent mit Öl befeuert. Soll die Energiewende gelingen, muss sich das ändern. Die Bundesregierung will bis 2050 einen „nahezu klimaneutralen Gebäudebestand“ haben. Der einflussreiche Berliner Thinktank „Agora Energiewende“ kam kürzlich in einer Studie zu einem nüchternen Fazit: „Für Heizöl ist in einem klimaschonenden und kosteneffizienten Wärmesystem 2030 kaum Platz
45 mehr.“ Wärmepumpen müssten zur tragenden Säule des Heizungssystems werden.

Für Mark ist das eine Horrorvorstellung. „Wir sollten etablierte Technologien wie Ölbrennwertgeräte nicht verdammen, so lange es dazu bislang keine echte Alternative gibt“, sagt der Avia-Chef. Er plädiert für eine Übergangslösung. Viele
50 Raffineriekonzerne würden gerade daran arbeiten, synthetische Kraftstoffe zu entwickeln - etwa auf Basis von Wasserstoff oder Methan.

Sebastian Herkel, Experte für Gesamtenergiekonzepte vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme, ist skeptisch, dass Brennstoffe einmal das Heizölgeschäft von
55 Avia ersetzen werden. Auch das Konzept, für jede Tonne Kohlendioxid CO₂-Zertifikate zu kaufen, sieht er kritisch. Solange Unternehmen für die Verschmutzungsrechte nur „marginale Beträge zahlen müssen, ist das eher Marketing als ernst gemeinter Klimaschutz“.

60 *Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr. 036, 20.02.2017, 23*

E-Mobilität: Mehr Tempo beim Tanken

5 *Endlose Ladezeiten und ein dünnes Netz von Stromtankstellen - das verdarb lange die Lust auf E-Autos. Nun erhöht die Industrie ihre Investitionen - und meldet echte Fortschritte.*

Die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist nicht zu übersehen: Eine Million Autos will die Bundesregierung bis zum Jahr 2020 auf die Straße bringen. Ein Bruchteil davon ist heute zugelassen, etwa 60 000. Die Verkäufe reiner E-Autos sind
10 2016 sogar leicht gesunken - nur Fahrzeuge, die neben dem Elektroantrieb auch einen Verbrennungsmotor nutzen, sogenannte Plug-in-Hybride, legten etwas zu. Umso überraschender ist die Aufbruchsstimmung, die in der Branche herrscht. Überall in der Republik entstehen derzeit Hunderte Ladestationen. Energieversorger, Stadtwerke und auch Autobauer arbeiten daran, die löchrige Infrastruktur vor allem abseits der
15 Metropolen zu schließen - hin zu einer flächendeckenden Versorgung.

Mit vereinten Kräften wird angeschoben: So plant der Raststättenbetreiber Tank & Rast die Installation von 400 Schnellladesäulen an den eigenen Autobahnstandorten. In Thüringen wollen 32 Stadtwerke und Energieversorger in den kommenden drei
20 Jahren 370 neue Stationen einrichten, davon 70 als Schnelllader. Vergangene Woche kündigte zudem der Energiekonzern Eon an, 250 Ladesäulen für Elektroautos aufzustellen. Passend dazu will die Bundesregierung in den kommenden Jahren 300 Millionen Euro Fördergeld für Gemeinden und Investoren bereitstellen. Das Ziel: 15
25 000 neue Ladestellen bis 2020.

„Die nötige Infrastruktur ist die Voraussetzung, dass Elektromobilität endlich durchschlägt“, erklärt Stefan Randak, Leiter der Praxisgruppe Automotive beim Interim-Management-Anbieter Atreus. „Der Groschen dürfte bei der Industrie endlich gefallen sein.“ Die Technologie, Autos schnell aufzuladen, sei bereits da. „Eine
30 Ladung von 80 Prozent unterhalb einer halben Stunde ist mit den heutigen Ladesystemen durchaus realistisch. Jetzt geht es darum, diese Technik verfügbar zu machen“, sagt der Experte. Tatsächlich belegen auch neueste Studien, dass eine flächendeckende Infrastruktur mit der heutigen Technologie nicht unrealistisch ist. So hat etwa das Institut für Verkehrsforschung des Deutschen Zentrums für Luft- und
35 Raumfahrt gemeinsam mit Industriepartnern ermittelt, wie ein Ladenetz in Deutschland aussehen müsste. DLR-Forscher John Anderson gibt sich optimistisch. „Die gute Nachricht ist, dass der Aufbau einer Infrastruktur, die für eine Million Fahrzeuge im Jahr 2020 ausreichend wäre, durchaus machbar ist“, erklärt Anderson.

40 Den Bedarf an Ladesäulen für den Alltagsverkehr beziffert Anderson auf 33 000 öffentliche und halböffentliche Ladepunkte, ergänzt durch 4 000 Schnellladestationen. Entlang der Autobahn seien 2 600 Ladestationen notwendig. „Wir haben das Ladeverhalten der heutigen Fahrer analysiert und festgestellt, dass schnelles Laden gar nicht das wichtigste Kriterium ist.“ Vielmehr sei ein guter Mix ausschlaggebend:
45 relativ langsames Laden zu Hause, am Arbeitsplatz oder beim Einkaufen und schnelleres Laden für Fahrtunterbrechungen, etwa auf Autobahnen.

Vor knapp einem halben Jahr bezifferte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft die Anzahl von Ladestationen noch auf 6 500, von denen 230 zu den Schnellladepunkten zählten. Mittlerweile dürfte die Zahl auf über 7 000 gestiegen sein, denn allein im ersten Halbjahr 2016 lag das Plus bei zehn Prozent. In den nächsten Jahren dürfte sich der Zuwachs beschleunigen.

„Die Zeit ist reif“, meint auch Torsten Günter, der das Thema Elektromobilität bei der RWE-Tochter Innogy in Essen vorantreibt. Erst vor wenigen Wochen hat der Konzern seinen Elektromobilitätsbereich in einer eigenen Geschäftseinheit gebündelt. „Zentrales Argument für uns ist, dass die Batteriepreise so weit gesunken sind, dass sich nun auch die Preise für Elektroautos den Kaufpreisen eines vergleichbaren Autos mit Abgasreinigungssystem weiter annähern werden“, erklärt der Manager. Bisher betreibt das Unternehmen europaweit rund 5 400 Ladesäulen. Schon bald sollen es mehr sein.

Innogy sieht wie die DLR-Forscher den Schlüssel zu einer effizienten Infrastruktur in einem Mix der Ladegeschwindigkeiten. „Wir können bereits Ladesäulen installieren mit einer Leistung von 350 Kilowatt pro Stunde. Damit könnte man ein Auto in 20 Minuten für eine Reichweite von bis zu 500 Kilometern aufladen“, sagt Günter. Das ergebe aber abseits von Autobahnen nicht überall Sinn, weil Autos ohnehin lange Standzeiten haben und die vorhandenen Kabelnetze in Städten eher für kleinere Ladeleistungen sprechen. Für den weiteren Ausbau seines Netzes setzt die RWE-Tochter vor allem auf Partnerschaften mit Stadtwerken, Einzelhändlern wie Aldi oder auch Automobilherstellern.

Im Dezember zeigte sich Innogy interessiert am Vorstoß der Autoindustrie. Demnach wollen die großen deutschen Autobauer wie VW, Daimler und BMW gemeinsam mit Ford zunächst 400 Schnellladestationen an europäischen Autobahnen aufstellen. Bis 2020 sind allein bei diesem Projekt Tausende Hochleistungssäulen geplant.

Doch die Industrie will nicht nur die Dichte und Leistungsfähigkeit der Ladenetze verbessern, sondern auch den Ladekomfort erhöhen. So entwickelt der Autozulieferer Bosch mit Fraunhofer-Forschern gerade ein sogenanntes bidirektionales induktives System. Die Idee: Die Batterie soll kabellos über Spulen geladen werden - und so den Strom auch wieder zurückgeben können. So ließe sich Solarstrom vom Hausdach zwischenspeichern und bei Bedarf wieder vom Auto ans Haus abgeben. Schließlich werden Batterien, die eine Kapazität von bis zu 500 Kilometer Fahrtleistung haben, im täglichen Leben nur ganz selten ausgelastet.

Immer wichtiger wird der Komfortgedanke. „Wenn wir bald automatische Parksysteme haben, zu Hause oder gar im Parkhaus, ist es absurd, wenn wir dem Auto dann hinterherrennen müssen, um es an die Steckdose zu stöpseln“, erklärt Bosch-Projektleiter Philipp Schumann. Die Marktreife, so Schumann, könnte die kabellose Technik Anfang der 2020er-Jahre erreichen.

Quelle: Kireev, M., Handelsblatt, Nr. 037, 21.02.2017, 42

Elektroautos finden endlich Anschluss

Ab sofort gibt es Fördermittel für Ladesäulen - und die Versorger wollen sich im großen Stil darum bewerben.

5

Vor drei Wochen gab Vattenfall ein erstes, deutliches Bekenntnis zur Elektromobilität ab: Der Energiekonzern wird seinen kompletten Fuhrpark auf Elektroantrieb umstellen. Alles vom Pkw bis zum Technik- und Wartungsfahrzeug soll ausgetauscht werden - und das innerhalb von lediglich fünf Jahren. Europaweit benötigt der
10 Konzern 3 500 Elektrofahrzeuge, allein in Deutschland sind es 1 100.

Jetzt folgt das zweite Bekenntnis. Innerhalb des kommenden Jahres will Vattenfall in Deutschland 400 bis 800 öffentlich zugängliche Ladepunkte installieren, wie das Unternehmen auf Anfrage des Handelsblatts mitteilte. Dabei will es bundesweit
15 expandieren. Bislang betreibt Vattenfall lediglich 110 Ladepunkte - und die auch nur in den beiden Städten, in denen der Konzern selbst aktiv ist: in Hamburg und Berlin.

Und Vattenfall ist kein Einzelfall. Nachdem die deutsche Energiewirtschaft jahrelang beim Thema Elektromobilität gezögert hat und nur schleppend Ladesäulen installierte,
20 kommt jetzt endlich Schwung in den Aufbau der Infrastruktur. Ab sofort können sich die Unternehmen um Fördermittel aus einem Topf von 300 Millionen Euro bewerben, den die Bundesregierung dafür zur Verfügung stellt.

Die Branche wird auch dankbar zugreifen: Nach Informationen des Handelsblatts aus
25 Branchenkreisen werden alleine bei den überregional tätigen Versorgern Anträge für mehrere Tausend Ladepunkte vorbereitet. Gleichzeitig wollen sich viele der 900 Kommunalversorger um Gelder aus dem Fördertopf bewerben. „Ich bin überzeugt davon, dass viele unserer Mitgliedsunternehmen rasch Anträge stellen werden“, sagt
30 Stefan Kapferer, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW). Schon innerhalb weniger Monate könnte sich die zuletzt im vergangenen Sommer erhobene Zahl von 6 500 Ladepunkten mehr als verdoppeln.

Nach den Worten von Gunter Nissen, Manager Elektromobilität bei Vattenfall in
35 Deutschland, reduziert das neue Fördermodell das Investitionsrisiko: „Das steigert die Investitionsbereitschaft anbietender Unternehmen und bietet das Potenzial, der dringend notwendigen Verdichtung des bundesweiten Ladenetzes einen entscheidenden Schritt näherzukommen.“

Innogy stockt deutlich auf Marktführer Innogy, der alleine 4 000 Ladepunkte in
40 Deutschland betreibt, will die Förderung nutzen, um die Marktführerschaft noch weiter auszubauen. Das Unternehmen, in das der RWE-Konzern die Sparten Vertrieb, Netze und erneuerbare Energien abgespaltet hat, will zwar noch keine konkrete Zahl nennen, lässt aber keinen Zweifel an seinen ambitionierten Plänen: „Innogy wird sich deutschlandweit und für eine sehr große Anzahl an Säulen bewerben“, betonte ein
45 Sprecher: „Innogy will gemessen an den installierten Ladepunkten sehr stark aufstocken.“ Allein beim Marktführer dürfte es also um eine vierstellige Zahl gehen.

Gleichzeitig sind die Unternehmen bereit, vor allem in leistungsstarke Technik zu investieren, die ein schnelles Laden der Elektroautos ermöglicht: Die Energie-Baden-Württemberg AG (EnBW), die schon 800 Ladepunkte betreibt, wird die Fördermittel explizit dafür nutzen. Zusammen mit dem Tankstellenbetreiber Tank & Rast will EnBW an 117 Raststätten im Südwesten Schnellladesäulen mit jeweils zwei Ladepunkten installieren - insgesamt sind also zusätzliche 234 neue Ladepunkte mit Schnellladetechnik geplant. 68 Schnellladesäulen mit 136 Ladepunkten betreibt EnBW auf Raststätten bereits. Baden-Württemberg wird damit nach Darstellung des Unternehmens schon bald „das erste Flächenland mit durchgehender Schnelllade-Infrastruktur an Autobahnen“ sein.

Der Eon-Konzern, der bei der Elektromobilität bislang vor allem in Dänemark Erfahrungen gesammelt hat, will seine Präsenz in Deutschland ebenfalls deutlich ausbauen. Das Unternehmen bewirbt sich über mehrere Tochtergesellschaften um Fördermittel für 250 Ladesäulen. Aktuell betreibt Eon knapp 100 Ladesäulen.

Jahrelang schoben sich Versorger und Autobranche die Verantwortung beim Thema Elektromobilität gegenseitig zu. Die Energiebranche zögerte mit dem Aufbau von Ladesäulen, weil kaum Elektroautos auf den Straßen fuhren und der Stromabsatz verschwindend gering war. Die Autohersteller forderten ein flächendeckendes Netz an Elektrotankstellen, um Kunden vom Umstieg überzeugen zu können. Die Folge: Im vergangenen Sommer waren nur knapp 60 000 Elektroautos zugelassen. Das Ziel von einer Million Fahrzeugen, das die Bundesregierung für 2020 ausgegeben hat, ist weit entfernt, und auch von den 70 000 dafür benötigten Ladesäulen steht nur ein Bruchteil.

Windhund-Prinzip Im vergangenen Frühjahr verabschiedete die Bundesregierung deshalb ein umfassendes Förderprogramm. Der erste Teil, eine Prämie für Elektroautokäufer, startete unmittelbar, wurde bislang aber nur schleppend angenommen. Der zweite Teil, die Förderung der Ladeinfrastruktur, beginnt jetzt, nachdem die EU-Kommission das Programm gebilligt hat. Mit den 300 Millionen Euro sollen bundesweit in mehreren Tranchen bis 2020 immerhin 15 000 Ladesäulen gebaut werden. 200 Millionen Euro sind dabei für 5 000 Schnellladestationen vorgesehen. Die Fördergelder werden dabei zum Teil regional verteilt und in der ersten Ausschreibungsrunde nach dem „Windhund-Prinzip“ vergeben - wer zuerst den Antrag stellt und die Kriterien erfüllt, erhält den Zuschlag.

Für die Branche ist dieser finanzielle Anreiz wichtig: „Im öffentlichen Raum rechnen sich Ladesäulen bisher nicht“, räumt ein für Elektromobilität zuständiger Manager ein: „Es gibt bisher einfach zu wenige Autos, die an den Säulen betankt werden. Der Stromabsatz ist zu gering.“

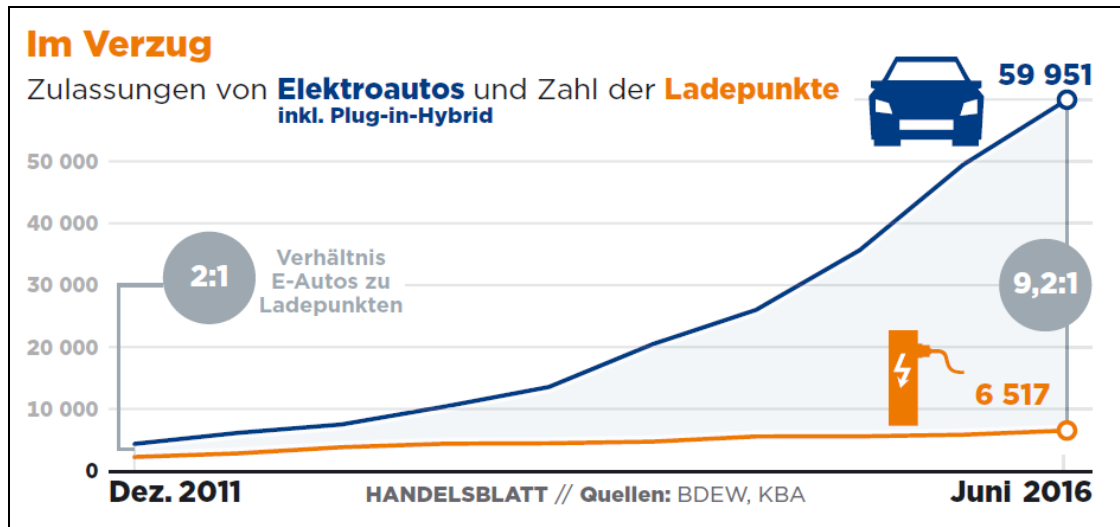
Eine normale Ladesäule mit einer Leistung von 22 Kilowatt, an der sich ein BMW i3 in etwa drei Stunden laden lässt, kostet zwischen 7 000 und 10 000 Euro - inklusive Netzanschluss. Über den Fördertopf können die Unternehmen jetzt maximal 40 Prozent der Kosten abdecken. „Mit der Förderung kommen wir in eine Region, in der sich die Ladeinfrastruktur rechnen kann“, meint der Manager.

95 Schnellladesäulen, die einen i3 in einer halben Stunde aufladen, sind ungleich teurer. Sie kosten rund 35 000 Euro, wobei die Anschlusskosten stark schwanken.

100 „Der Förderaufruf ist die entscheidende Voraussetzung für einen schnellen und flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur in Deutschland“, meint auch BDEW-Hauptgeschäftsführer Kapferer. Bereits in den vergangenen Jahren seien vor allem in jenen Regionen Ladepunkte installiert worden, in denen es schon eine regionale Förderung gab. Jetzt hofft er auf einen „weiteren Ausbauschub“.

105 Kapferer mahnte aber, neben der öffentlichen Ladeinfrastruktur auch den Ausbau der Ladeinfrastruktur an privaten Stellplätzen nicht zu vernachlässigen - und beispielsweise die Rahmenbedingungen für Mieter zu verbessern: „Hier finden mehr als 80 Prozent der Ladevorgänge statt“, betonte der BDEW-Hauptgeschäftsführer.

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 043, 01.03.2017, 16



Atomausstieg: Ärger auf der Zielgeraden

Die Regierung streitet mit den Energiekonzernen um die Brennelementesteuer.

5 Für ein paar Wochen hatte es so ausgesehen, als hätten Bundesregierung und
Atombranche endlich einen gemeinsamen Weg gefunden, um den Atomausstieg
abschließend zu klären. Doch mittlerweile stellt sich heraus, dass es zwischen der
Bundesregierung und den Unternehmen unüberbrückbare Differenzen gibt. Dabei geht
es um eine entscheidende Frage: Die Unternehmen wollen sich nicht darauf einlassen,
10 ihre Klagen gegen die Brennelementesteuer zurückzunehmen. Aus Sicht der
Regierung gehört das zum Deal. Die Unternehmen sehen das anders.

Erst am Dienstag trafen sich nach Informationen des Handelsblatts aus
Verhandlungskreisen die zuständigen Staatssekretäre, darunter
15 Wirtschaftsstaatssekretär Rainer Baake und Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth,
mit Vorständen der Branche, um über die Umsetzung der Beschlüsse zu verhandeln.
Die Bundesregierung hält sich bedeckt. Aus dem federführenden
Bundeswirtschaftsministerium hieß es offiziell nur, man wolle die Gespräche nicht
kommentieren. Die Verhandlungen dauerten an.

20 Dass es auf der Zielgeraden zu Problemen kommen würde, war nicht abzusehen. Als
Bundesrat und Bundestag Mitte Dezember dem „Gesetz zur Neuordnung der
Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung“ final zustimmten, wurde das als
Durchbruch gefeiert. Die Basis dafür hatte eine von der Bundesregierung einberufene
25 Kommission unter der Leitung von Jürgen Trittin, Ole von Beust und Matthias
Platzek gelegt. Die Kommission hatte eine Zweiteilung der Verantwortung für die
Altlasten des Atomzeitalters vorgeschlagen: Demnach sollen die
Kernkraftwerksbetreiber auch künftig für die Stilllegung, den Rückbau und die
Verpackung der radioaktiven Abfälle verantwortlich sein. Für die Durchführung und
30 Finanzierung der Zwischen- und Endlagerung, bislang ebenfalls Pflicht der
Unternehmen, soll der Bund die Verantwortung übernehmen. Allerdings müssen die
Betreiber dem Bund die finanziellen Mittel für die Zwischen- und Endlagerung zur
Verfügung stellen. Dafür zahlen sie 17,4 Milliarden Euro in einen noch zu gründenden
öffentlich-rechtlichen Fonds ein. Gegen Zahlung eines Aufschlags von 6,17
35 Milliarden Euro können sich die Betreiber von sämtlichen Nachschusspflichten
freikaufen. Das Mitte Dezember verabschiedete Gesetz folgt diesem Vorschlag der
Kommission.

Aber die Empfehlungen der Kommission umfassen einen weiteren Punkt, der sich nun
40 als Hürde erweist: Die Experten fordern, dass „Rechtsstreitigkeiten zwischen den
Betreibern und verschiedenen staatlichen Stellen vor Verwaltungs-, Zivil- und dem
Bundesverfassungsgericht“ beigelegt werden. Nur so sei eine dauerhafte Lösung des
Problems zu erreichen. Kanzleramtsminister Peter Altmaier (CDU) und der damalige
Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hatten in einem dem Handelsblatt
45 vorliegenden Schreiben an die Spitzen der Fraktionen von Union, SPD und Grünen im
Dezember betont, die Bundesregierung habe „großes Interesse, dass die
Kernkraftwerksbetreiber über die entsorgungsbezogenen Verfahren hinaus alle

Streitigkeiten mit Bezug zur Kernenergie beenden, damit eine dauerhafte Befriedung dieses Themenbereichs erreicht wird“.

50

In mehreren Schreiben an die Spitzen der Bundestagsfraktionen haben die vier Kernkraftwerksbetreiber - Eon, RWE, Vattenfall und EnBW - zwar die Bereitschaft signalisiert, diverse Rechtsstreitigkeiten zu beenden, darunter zum Beispiel Schadensersatzklagen wegen der Betriebseinstellung von Kernkraftwerken nach dem Reaktorunfall von Fukushima 2011. Die Ankündigung, auch Klagen gegen die Brennelementesteuer zurückzunehmen, findet sich in den verschiedenen Schreiben, die dem Handelsblatt vorliegen, aber nicht.

55

Darum fühlen sich die Betreiber auch zu nichts verpflichtet. Eine Rücknahme der Klagen sei „definitiv nicht akzeptabel“, heißt es bei den Betreibern. Die Bundesregierung indes will sich nicht geschlagen geben. Schließlich geht es um eine Menge Geld. Die Steuer war 2011 eingeführt worden, und zwar befristet bis Ende 2016. Die Einnahmen beliefen sich bis Ende 2015 auf mehr als sechs Milliarden Euro. Sollten die Betreiber mit ihren Klagen Erfolg haben, müsste der Bund die Steuer erstatten.

60

65

Die Regierung pocht darauf, dass der Verzicht auf die Klagen Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Vertrags werden muss, über den die Staatssekretärsrunde gemeinsam mit den Managern der Branche verhandelte - zuletzt am vergangenen Dienstag. Der Vertrag soll die Umsetzung der Gesetze zwischen Unternehmen und Regierung klären.

70

Was passiert, wenn man sich bei der Rücknahme der Klagen nicht einigt? Der Vertrag könnte dennoch zustande kommen, das Gesamtprojekt wäre somit nicht gefährdet. „Die Klagen wären aber weiterhin in der Welt. Mit allen Risiken für beide Seiten“, heißt es aus Verhandlungskreisen. Das Ziel der „dauerhaften Befriedung“ wäre verfehlt.

75

Quelle: Flauger, J./Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 039, 23.02.2017, 9

Stadt Essen prüft Ausstieg bei RWE

Der Energiekonzern lässt schon wieder die Dividende ausfallen - und beschert damit den kommunalen Aktionären Probleme.

5 Essen und RWE - das gehört zusammen. Seit der Gründung im Jahr 1898 hat der Energiekonzern seinen Sitz in der Ruhrgebietsmetropole. Schon damals zog der damalige Oberbürgermeister in den Aufsichtsrat des neuen Unternehmens ein. Seit zwei Jahrzehnten prägt der 127 Meter hohe RWE-Turm das Stadtbild. Jetzt prüft aber
10 selbst die Stadt Essen den Ausstieg aus dem angeschlagenen Unternehmen. „Die Verwaltung berät bereits seit dem letzten Jahr, ob und wie eine weitere Beteiligung an dem Unternehmen in Zukunft aussehen kann“, sagte Oberbürgermeister Thomas Kufen am Mittwoch. „Wir denken hier in alle Richtungen.“ Essen hat 18,8 Millionen RWE-Aktien - und hält damit rund drei Prozent der Anteile.

15 Alles ist offen, die Stadt könnte auch Aktien in das neue Unternehmen Innogy umschichten, in das RWE das Zukunftsgeschäft mit der Energiewende abgespalten hat. Aber selbst die Prüfung ist ein Politikum und macht es dem Verband der kommunalen RWE-Aktionäre (VKA) nicht leicht, den kommunalen Block, der noch
20 mit knapp 24 Prozent an RWE beteiligt ist, beisammenzuhalten. Im vergangenen Jahr stieg schon die Stadt Bochum aus, in anderen Städten und Gemeinden an Rhein und Ruhr laufen auch entsprechende Überlegungen.

RWE-Chef Rolf Martin Schmitz lieferte den Fraktionen in den Stadträten, die das
25 Engagement bei RWE infrage stellen, am Mittwoch ein weiteres Argument. Der Konzern meldete nicht nur einen Rekordverlust von knapp sechs Milliarden Euro, sondern wird den Stammaktionären für 2016 auch keine Dividende ausschütten. Lediglich die Vorzugsaktionäre ohne Stimmrecht bekommen 13 Cent je Anteilsschein. Schon im vergangenen Jahr war die Aufregung unter den klammen
30 Kommunen groß, als RWE die erste Nulldiät verordnete. „Dass die Ausschüttung einer RWE-Dividende erneut ausfällt, ist kein gutes Signal an die Kommunen - auch nicht an die Stadt Essen“, sagte Oberbürgermeister Kufen. „Wir sind tief enttäuscht“, sagte VKA-Geschäftsführer Ernst Gerlach. Die Kommunen hätten sich den
35 allgemeinen Erwartungen am Kapitalmarkt angeschlossen und zumindest mit 30 Cent je Aktie gerechnet. Nicht zuletzt der erfolgreiche Börsengang der Innogy SE im Oktober hatte Begehrlichkeiten geweckt. Er brachte der RWE-Tochter, die sich um das ertragreiche Geschäft mit erneuerbaren Energien, Vertrieb und Netzen kümmert, zwei Milliarden Euro für Investitionen und dem Mutterkonzern RWE gut 2,6
40 Milliarden Euro für den Schuldenabbau ein.

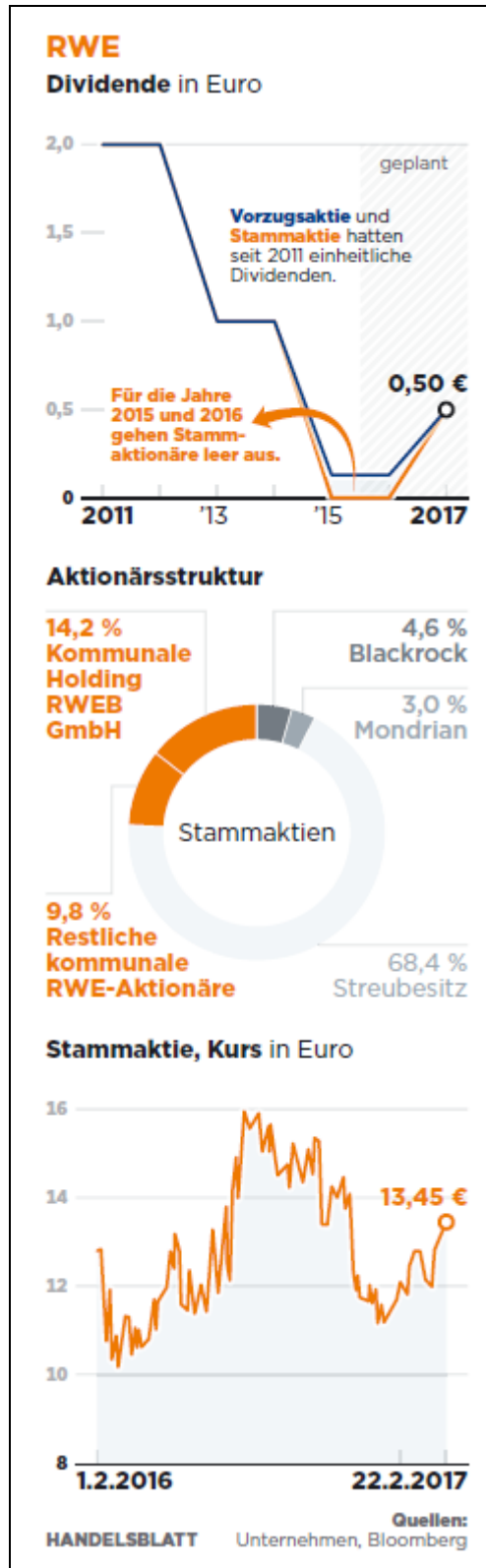
Schmitz übernahm nach dem Börsengang den Vorstandsvorsitz der RWE AG von Peter Terium, der sich wiederum auf die Führung von Innogy konzentrierte. Und der neue RWE-Chef nutzte die erste Bilanz unter seiner Ägide für umfangreiche
45 Aufräumarbeiten: „Das schwierige Marktumfeld hat außerplanmäßige Wertberichtigungen erforderlich gemacht. Hinzu kommt eine hohe Einmalbelastung aus dem Kernenergiefonds“, erläuterte Schmitz. Wegen „dieser Effekte“ müsse der Vorstand die Dividende erneut aussetzen.

50 Der RWE-Konzern, der nach der Abspaltung von Innogy operativ nur noch für die
konventionellen Kohle- und Gaskraftwerke und den Großhandel verantwortlich ist,
nahm außerplanmäßige Abschreibungen in einer Höhe von 4,3 Milliarden Euro vor.
Der Großteil davon fiel bei den deutschen Kraftwerken an. RWE leidet weiterhin
unter den niedrigen Strompreisen im Großhandel. Anfang 2016 waren die
Notierungen an der Strombörse EEX auf beinahe 20 Euro je Megawattstunde
55 abgestürzt, weil der Markt mit Ökostrom geflutet wird. Fünf Jahre zuvor hatte die
Megawattstunde noch mehr als 50 Euro gekostet. Inzwischen sind die Preise zwar
wieder gestiegen, mit 30 Euro befinden sie sich aber immer noch auf einem Niveau,
bei dem sich allenfalls Braunkohlekraftwerke gut rechnen. Die Zeiten hoher Margen
in der konventionellen Stromproduktion sind auf jeden Fall vorbei - und kommen
60 auch so bald nicht wieder. Am Terminmarkt wird die Megawattstunde auch für 2019
und 2020 unter 29 Euro gehandelt. Mit den Abschreibungen reagiert Schmitz auf die
schlechten Aussichten. RWE hatte schon in den vergangenen Jahren
Wertberichtigungen vorgenommen - und auch Konkurrent Uniper war dazu zuletzt
gezwungen.

65 Aber noch ein weiterer Sondereffekt belastet die Bilanz. RWE muss sich auf den von
der Bundesregierung geplanten Atomfonds vorbereiten. Dieser soll die Verantwortung
für die Entsorgung und Endlagerung des Atom Mülls übernehmen. Das wird RWE
zwar langfristig entlasten. Im Gegenzug müssen die Atomkonzerne aber jetzt schon
70 kurzfristig ihre dafür gebildeten Rückstellungen einbringen - zuzüglich eines
Risikoaufschlags von 35 Prozent. RWE wird hierfür zum 1. Juli rund 6,8 Milliarden
Euro einbringen. Der darin enthaltene Risikozuschlag von 1,8 Milliarden Euro belastet
die Bilanz 2016 negativ.

75 Die Ausschüttung einer Dividende wäre auch politisch nicht opportun gewesen, heißt
es im Umfeld des Konzerns. RWE habe in den Verhandlungen mit der
Bundesregierung mit der geschwächten Bilanz argumentiert. Da wäre eine schiefe
Optik entstanden, wenn der Konzern schon wieder die Dividendenzahlung aufnehmen
würde. Den Verdacht, RWE stehe wirtschaftlich wieder gut da, muss Schmitz aber
80 wahrlich nicht befürchten: Durch die Sondereffekte steht unter dem Strich ein
Nettoverlust von 5,7 Milliarden Euro. Vor einem Jahr hatte der Fehlbetrag nur 170
Millionen Euro betragen. 2013 hatte RWE zwar schon einmal einen Milliardenverlust
von knapp drei Milliarden Euro verbucht - 2016 setzte aber nun eine traurige
Rekordmarke. „Wir haben mit einer geringen Dividende für alle Aktien gerechnet, mit
85 einem Totalausfall der Dividende für Stammaktien allerdings nicht“, bedauerte auch
der Oberbürgermeister von Mülheim an der Ruhr, Ulrich Scholten. Seine Stadt hat
rund 8,9 Millionen Stamm- und 930 000 Vorzugsaktien. Für 2016 hatte Mülheim
zumindest mit einer Dividende von 0,13 Euro je Stamm- und Vorzugsaktie geplant.
Gegenüber der Planung fehlen im Haushalt damit rund 1,15 Millionen Euro. „Nun
90 müssen wir eine Kompensation für diese Summe im Haushalt finden“, sagte Scholten.
Das sei eine „Herausforderung“. [...] Gegensatz zu Essen.

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr. 039, 23.02.2017, 16



Ebbe in Gasspeichern

Die Energiebranche hält die historisch niedrigen Reserven für gefährlich.

5 Die deutschen Erdgasspeicher leeren sich in diesem Winter deutlich schneller als
erwartet. Bei den Reserven seien „historische Tiefstände“ erreicht, warnt Sebastian
Bleschke, Geschäftsführer der Initiative Erdgasspeicher (Ines). Ihr gehören Firmen
wie Uniper, Gazprom Germania, EWE, VNG, RWE und Trianel an, die für mehr als
10 90 Prozent der Erdgasspeicherkapazität in Deutschland und knapp 25 Prozent in der
EU stehen. Die Kälte der vergangenen Wochen und die Preisentwicklung sind laut
Bleschke verantwortlich für die Engpässe. Gerade zu Beginn des Winters seien die
Erdgaspreise relativ hoch gewesen, „so dass große Gasmengen aus den Speichern
abverkauft wurden“. Eine strategische Bevorratung wie beim Öl gibt es nicht. Nur in
15 akuten Notlagen kommt der „Notfallplan Gas“ zum Tragen. So kann etwa
Industriekunden im Extremfall der Hahn zugedreht werden.

Die Speicher werden im Sommer mit Erdgas aus Russland, Norwegen oder den
Niederlanden befüllt. An vielen Wintertagen stammt das verbrauchte Gas mehrheitlich
aus den 48 unterirdischen Reservoirs, die ein Viertel des Jahresbedarfs speichern
20 können. Die niedrigen Füllstände führten „bereits heute vereinzelt zu einer
Unterdeckung der benötigten Leistung“, heißt es in internen Papieren der Branche.
Mit anderen Worten: Es gab punktuell nicht mehr genug Gas. „Die benötigten
Mengen können zwar bislang über die Transportinfrastruktur anderweitig beschafft
werden, führen jedoch zu einer äußerst hohen Auslastung der Netze.“ Die
25 Versorgungslage spitze sich zu.

Die Bundesnetzagentur sieht jedoch keine Gefahr. Die Marktakteure hätten sich durch
langfristige Optionen Gasmengen gesichert, um Engpässe auszugleichen. „Eine
Gefährdung der sicheren Gasversorgung ist nicht gegeben“, so die Behörde. Die
30 Situation dürfte dennoch eine Debatte über die Regulierung der Speicher entfachen.
Erdgas wird nicht nur zum Heizen und für industrielle Prozesse eingesetzt. Zehn
Prozent des deutschen Stromverbrauchs stammen aus Gaskraftwerken.

Doch wie will man verhindern, dass gegen Ende des Winters Gas knapp wird? Nötig
35 sei eine Debatte, „wie Speicher für das Aufrechterhalten der Versorgungssicherheit
entlohnt werden können“, so Bleschke. Die Energiebranche fordert zudem mehr
Durchgriffsrechte der Gasnetzbetreiber bei Engpässen. Bereits Ende 2015 hatte das
Wirtschaftsministerium ein Eckpunktepapier mit „Maßnahmen zur weiteren
Steigerung der Erdgasversorgungssicherheit“ vorgelegt. Der liberalisierte Gasmarkt
40 werde zwar „grundsätzlich den gestellten Anforderungen gerecht“, heißt es darin. Man
strebe aber Verbesserungen an, etwa Anreize für Industriekunden, ihre Nachfrage bei
Engpässen zu drosseln.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr. 041, 27.02.2017, 9

Kohle-Konter der Gewerkschaft

5 *Die IG BCE lehnt Gespräche mit den Grünen über einen frühzeitigen Braunkohleausstieg ab. Die Partei wolle allein ihr Profil schärfen - auf Kosten der Versorgungssicherheit.*

10 Warum der vorzeitige Ausstieg aus der Braunkohle nicht als Wahlkampfthema taugt, macht Michael Vassiliadis an einem konkreten Datum fest: Am 24. Januar, so der Chef der Gewerkschaft IG BCE, stand Deutschlands Stromversorgung vor dem Kollaps. Windkraft- und Solaranlagen lieferten wegen „Dunkelflaute“ so gut wie nichts. Französische Atommeiler standen wegen Sicherheitsprüfungen still und fielen als Stromexporteur aus. „Kohle, Gas und Kernkraft hielten das Land quasi im Alleingang unter Strom“, sagt Vassiliadis. Deshalb hält der Gewerkschafter nichts von Forderungen der Grünen, sich nach dem beschlossenen Atomausstieg auch rasch von 15 der Braunkohle zu verabschieden. In einem Brief an den nordrhein-westfälischen Landesverband der Partei erteilt er einer neuen „Kommission Nationaler Kohlekonsens“ (KNK) eine Absage. Der Vorschlag diene allein der Profilierung im Wahlkampf.

20 Für die Grünen ist der Kohleausstieg eines ihrer Kernthemen für die Bundestagswahl. Nach dem verpatzten Steuerwahlkampf 2013 und weil SPD und Linke das Gerechtigkeitsthema besetzen, besinnen sie sich dieses Jahr ganz auf ihre Wurzeln als Ökopartei. Im Januar hatten sie deshalb unter anderem an das Kanzleramt, verschiedene Bundesministerien, die Parteien, Sozialpartner und Umweltverbände das 25 Konzept „Kohleausstieg rechtssicher und sozialverträglich gestalten“ verschickt. Darin fordern sie die Einrichtung einer „Kommission Nationaler Kohlekonsens (KNK)“, die „einen Zeitplan für den schrittweisen und geordneten Ausstieg“ aus der Braunkohle „innerhalb der nächsten zwei Jahrzehnte“ entwerfen soll. Dabei müsse auf die Klimaschutzziele ebenso Rücksicht genommen werden wie auf die Beschäftigten, 30 die Versorgungssicherheit oder den Industrie- und Wirtschaftsstandort.

Es werde der Bedeutung des Themas nicht gerecht, „es allein aus dem Blickwinkel der Kampagnenplanung der bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen zu betrachten“, kontert Vassiliadis in seiner Antwort, die dem Handelsblatt vorliegt. Die 35 in dieser Legislatur verabschiedeten Gesetze zur Energiewende müssten jetzt erst einmal umgesetzt werden. Besonderer Handlungsbedarf für die Braunkohle bestehe nicht. Und in Nordrhein-Westfalen habe die rot-grüne Landesregierung in der Debatte zur Zukunft des Braunkohlereviers Garzweiler II festgestellt, dass der Energieträger als heimisch verfügbarer und preiswerter Rohstoff zur langfristigen 40 Energieversorgung weiter erforderlich bleibe.

„Die große Herausforderung in dieser Lage ist nicht der Kohleausstieg, sondern der Ersatz der zurückgehenden Strommengen aus Kohle und Kernenergie durch gesicherte Leistung“, schreibt der IG-BCE-Chef. Um den durch die Energiewende 45 ausgelösten Strukturwandel zu begleiten, habe die Bundesregierung im Klimaschutzplan 2050 die Einrichtung einer Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung“ zugestimmt. Sie soll Anfang 2018 ihre Arbeit aufnehmen und bis Ende 2018 Ergebnisse vorlegen. Den Ergebnissen dieses Gremiums

50 vorzugreifen wäre „nicht sachgerecht“, so Vassiliadis. Auch für „Parallelstrukturen“
wie die von den Grünen geforderte KNK gebe es keinen Bedarf. „Es sei denn als
Wahlkampfbühne. Und dafür ist mir die Energiewende zu wichtig.“

55 Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner kontert: „Herr Vassiliadis mag die
Forderung nach einer Kommission als Wahlkampfgetöse abtun und den Dialog
verweigern“, sagte er dem Handelsblatt. „Wir halten es aber für richtig, mit den
Betroffenen zu reden.“ Zum Ausstieg aus der Braunkohle gebe es aus
Klimaschutzgründen keine Alternative. Deutschland will den CO₂ - Ausstoß bis 2020
um 40 Prozent unter das Niveau von 1990 senken. Allein durch die beschlossene
Überführung von Kraftwerksblöcken in die Reserve werden laut Vassiliadis 12,5
60 Millionen Tonnen CO₂ eingespart. Und in der Mitte des Jahrhunderts sei ohnehin
Schluss mit der Braunkohle. Dann sind die Tagebaue ausgekohlt.

Quelle: Kersting, S./Specht, F., Handelsblatt, Nr. 043, 01.03.2017, 9

Emissionshandel: EU-Staaten ebnen Weg für Reform

Die EU-Staaten haben sich auf eine Reform des Emissionshandels in Europa verständigt. Die Vertreter der 28 Regierungen beschlossen am Dienstag mit Mehrheit
5 einen Kompromiss, der den Klimaschutz stärken und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sichern soll. Damit die ab 2021 greifende Reform verabschiedet werden kann, muss sich der Rat der Mitgliedstaaten nun noch mit dem Europaparlament und der EU-Kommission einigen.

10 Der von 19 EU-Staaten mitgetragene Beschluss sieht vor, die Zahl der verfügbaren Verschmutzungsrechte deutlich zu verknappen. Dadurch sollen die Preise der Zertifikate wieder in die Höhe getrieben werden, um den Unternehmen Anreize für Investitionen in umweltfreundliche Technik zu geben. Die Preise waren in der
15 Rezession im Zuge der Finanzkrise eingebrochen, da die Industrie weniger Ausstoßrechte in Anspruch nahm als erwartet, und hatten sich seither kaum erholt. Experten halten ein Niveau von mindestens 20 Euro für angemessen, derzeit notieren die Preise bei rund fünf Euro.

Mehr als zwei Milliarden der Verschmutzungsrechte werden derzeit nicht genutzt. Um
20 das zu ändern, soll laut Kompromiss künftig zum einen die Zahl der in einer Stabilisierungsreserve geparkten Zertifikate verdoppelt werden. Wenn das nicht ausreicht, soll darüber hinaus ein erheblicher Teil der überschüssigen Zertifikate gelöscht werden können. Laut Diplomaten kann sich deren Zahl auf 700 bis 850 Millionen pro Jahr belaufen.

25 Die Bundesregierung hatte einen entsprechenden Vorstoß Schwedens, Frankreichs und einiger anderer Länder unterstützt. Es sei wichtig, den Abbau überflüssiger Zertifikate zu beschleunigen, sagte der Staatssekretär im Umweltministerium, Jochen Flasbarth.

30 Berlin hatte sich auch dafür eingesetzt, der Industrie entgegenzukommen. So sollen die betroffenen energieintensiven Branchen einen höheren Anteil der Verschmutzungsrechte kostenlos zugeteilt bekommen, als es die EU-Kommission ursprünglich vorgeschlagen hatte. Statt 57 Prozent der Zertifikate zu versteigern,
35 sollen es nach dem Willen der Regierungen jetzt nur noch 55 Prozent sein.

Das Europaparlament hatte sich sogar für eine Absenkung um fünf Prozent ausgesprochen. Die drei EU-Institutionen müssen sich nun noch auf eine gemeinsame
40 Position einigen. Die betroffenen Industrien, etwa Stahl, Chemie oder Zement, können nun aber bereits davon ausgehen, weniger stark belastet zu werden als zunächst befürchtet.

Quelle: Hoppe, T., Handelsblatt, Nr. 043, 01.03.2017, 9

Die neue Ölschwemme

5 *Mit der Erholung des Ölpreises drängen die Produzenten von Schieferöl zurück an den Markt. Dabei ist jetzt schon klar: Die Welt hat mehr Öl, als sie je verbrauchen wird.*

10 Was Tankstellenpächter und Staatschefs wie Russlands Präsident Wladimir Putin stets akribisch beobachten, kümmert Spencer Dale kaum: das tägliche Auf und Ab der Ölpreise. Der Chefökonom des britischen Ölmultis BP denkt lieber in längeren
15 Zyklen. Er blickt gerne 20 oder 30 Jahre voraus. Und in der fernen Zukunft sieht er eine Entwicklung, die das Potenzial habe, den globalen Ölmarkt für immer „signifikant zu verändern“, wie er sagt. Der 50-Jährige hat es sich in einem Sessel der Berliner Dependance von BP am Gendarmenmarkt gemütlich gemacht. Er hat zwar keine Glaskugel dabei, aber eine mehr als 100 Seiten dicke Prognose der Energiewelt
20 von morgen. „Das ist meine Lieblingsfolie“, sagt Dale und blättert auf Seite 51. Mit dem Kuli deutet er auf ein Balkendiagramm. Abgebildet sind die technisch förderbaren Ölreserven - jene Menge Erdöl, die existiert und mit heutiger Technik aus dem Boden gepumpt werden kann. Diese Menge entspricht etwa 2,6 Billionen Barrel. „Das ist genug, um den Erdölbedarf der gesamten Weltbevölkerung bis 2050 zweimal zu befriedigen“, betont er.

25 Im Klartext: Erdöl wird nicht knapp, wir schwimmen darin. Während sich der Ölpreis seit dem Zwölf-Jahres-Tief im vergangenen Jahr wieder auf 55 Dollar je Barrel verdoppelt hat, ist langfristig nicht mit steigenden Preisen zu rechnen. Das hat Folgen: Es bedeutet, dass sich viele Hoch-Kosten-Projekte über Jahrzehnte, vielleicht sogar
30 niemals lohnen werden. „Wir gehen daher davon aus, dass die Opec-Staaten im Nahen Osten, Russland und Teile der US-Ölindustrie ihre Kostenvorteile gegenüber anderen Förderländern in den kommenden 20 Jahren verstärkt ausspielen werden, um Marktanteile zu gewinnen. Die Billigproduzenten dürften schrittweise mehr und mehr Öl fördern und den Preis drücken, um so die Produzenten mit den höchsten Kosten aus dem Markt zu drängen“, sagt Dale. Gerade kleine bis mittelgroße Ölfelder in der Arktis oder der Tiefsee drohen auf ewig unrentabel zu werden. Hinzu kommt, dass die Schieferölproduzenten in den USA ihr großes Comeback feiern. Sie drängen mit neuer
35 Macht an den Markt zurück. Es gilt: Nur die günstigsten überleben.

40 Wenn an diesem Montag in Houston mit der Cera-Week eines der größten Branchentreffen beginnt, dürfte Dales Ausblick dafür sorgen, dass die Harmonie unter den Produzenten immer mehr in Missklänge umschlägt. Lohnte sich das Geschäft für Hoch- und Niedrig-Kosten-Produzenten bei Preisen jenseits von 100 Dollar noch, müssen Erstere heute um ihre Geschäftsgrundlage bangen. Denn die Preise liegen trotz der jüngsten Anstiege noch immer nur bei der Hälfte des Niveaus von 2014. Damals kostete ein Barrel Nordseeöl Brent noch mehr als 110 Dollar. Verbraucher und die Unternehmen aus ölimportierenden Ländern freut's. Die niedrigen Ölpreise kamen für sie wie ein nicht geplantes Konjunkturprogramm. Doch für die Produzenten
45 ist es ein Albtraum. Mancher Konzern hat aus der Ölschwemme bereits seine Konsequenzen gezogen. [...]

Mittelfristig kann die Nachfrage zum ernststen Problem werden. Konzepte wie die Elektromobilität drohen den Ölbedarf einbrechen zu lassen. Rollten weltweit 2015 gerade einmal eine Million Elektroautos über die Straßen, sollen es 2030 laut Schätzung der Internationalen Energieagentur schon 100 Millionen sein, wenn sich die Staaten an das Klimaabkommen von Paris halten. Hinzu kommt die wachsende Bedeutung erneuerbarer Energien bei der Energieerzeugung, die der Rolle von Öl zusetzt. „Spätestens in zehn Jahren werden wir nicht mehr über Peak-Oil, also den Höhepunkt der Ölproduktion, sprechen. Wir werden dann über Peak-Demand sprechen und diskutieren, dass die Nachfrage nach Öl in Zukunft nur noch langsam oder vielleicht gar nicht mehr wächst“, sagt Ölexperte Weinberg. Spencer Welch, Ölanalyst von IHS Markit ergänzt: „Genauso wie die Steinzeit nicht deshalb geendet hat, weil es keine Steine mehr gab, wird auch das Ölzeitalter nicht deshalb enden, weil es kein Öl mehr gibt. Das Ölzeitalter wird enden, weil die Menschen andere Rohstoffe nutzen werden.“

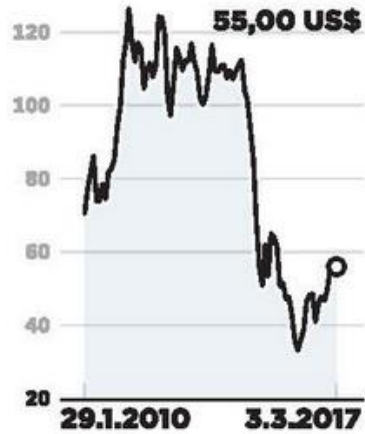
Bis es so weit ist, will nicht zuletzt die Schieferölindustrie in den USA noch das Geschäft ihres Lebens machen. Ihr Aufstieg hat die Welt in den vergangenen Jahren mit Öl geflutet und die Preise einbrechen lassen. Verzweifelt versucht die Opec mit Förderkürzungen, die Preismacht wieder an sich zu reißen. Doch Experten wie Helm zweifeln an der Sinnhaftigkeit des Vorhabens: „Bei einem Ölpreis von mehr als 50 Dollar kommen die amerikanischen Schieferölproduzenten sofort wieder zurück in den Markt. Der Opec-Deal war die beste Nachricht für die Schieferölproduzenten seit Ende 2014“, sagt Helm. Je höher der Preis klettert, desto stärker drängen sie an den Markt. Über Jahrzehnte hatte die Opec die Rolle als sogenannter „Swing Producer“ inne. Drosselten ihre Mitglieder ihre Förderung, stieg der Preis. Öffneten sie die Ölhähne fiel er. Schieferöl aber hat der Opec den Rang als Swing Producer abgelaufen. Denn die Neuen am Markt können binnen weniger Monate neue Quellen erschließen. Bei klassischen Ölprojekten dauert das Jahre. Diese Flexibilität der Neuen deckelt Preissprünge. Und als wäre das nicht schon genug, brillieren die US-Rivalen auch noch mit Effizienzsprüngen. Zwar haben so ziemlich alle Technologien ihre Kosten in der Krise senken können. Nirgends aber wirken die Fortschritte so beeindruckend wie beim Schieferöl. „Die Aussicht auf höhere Ölpreise macht mehr und mehr Schieferölproduzenten wieder profitabel. Sie profitieren derzeit von den geringen Finanzierungskosten“, sagt Ágnes Horváth, Chefökonomin der MOL. Beispielsweise kostet es Shell nur noch rund 5,5 Millionen Dollar um ein neues Schieferöl-Bohrloch zu erschließen - und damit weniger als die Hälfte verglichen mit dem Jahr 2013.

Gleichzeitig aber steigt die Produktion: Aus jeder neuen Quelle sprudelten vor drei Jahren noch 271 Barrel pro Tag. Heute sind es mehr als doppelt so viele, schätzen die Unternehmensberater von Roland Berger. Gepaart mit den steigenden Ölpreisen hat das bedeutende Konsequenzen: Die USA fördern heute wieder mehr als neun Millionen Barrel pro Tag. So viel waren es zuletzt im April vergangenen Jahres. Allein fünf Millionen davon stammen aus Schieferöl. Vor zehn Jahren gab es diese Quelle de facto nicht. Und schon jetzt bahnt sich an, dass in den kommenden Jahren immer mehr Öl aus den USA auf den Markt kommt. [...]

Quelle: Hubik, F./Siebenhaar, H.-P./Streit, M., Handelsblatt, Nr. 046, 06.03.2017, 26

Die neue Normalität am Ölmarkt

Brentöl, Preis in US-Dollar je Barrel



Produktionskosten pro Barrel Öl in US-Dollar*



Technisch verfügbare Ressourcen nach Regionen und weltweiter Ölbedarf in Billionen Barrel



HANDELSBLATT // *Stand: März 2016

Handelsblatt Nr. 046 vom 06.03.2017

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Quellen: Bloomberg, Wall Street Journal, BP Technology Outlook 2015

Lazlo Varro (Internationale Energieagentur): „Die Schieferöl-Branche besitzt Kampfmutter“

5 *Der Chefökonom der Internationalen Energieagentur erwartet eine Renaissance des Frackings in den Vereinigten Staaten.*

Herr Varro, welche Rolle werden die Vereinigten Staaten unter Präsident Donald Trump künftig auf dem globalen Ölmarkt spielen?

10 Die neue US-Administration ist noch dabei, ihre Strategie auszuarbeiten. Ich möchte daher nicht über die künftige Regulierungspolitik spekulieren. Ich halte mich lieber an die Fakten. In den vergangenen fünf Jahren waren die USA für zwei Drittel der Zunahme der Ölproduktion und rund die Hälfte der Zunahme der Gasproduktion verantwortlich. Jahr für Jahr fließt mehr Kapital in die Förderaktivität der Vereinigten Staaten. Wir sehen derzeit einen massiven Geldfluss in die Schieferöl- und
15 Schiefergasproduktion.

Welche Rolle spielen neue Technologien, die in den USA die Öl- und Gasproduktion noch effektiver machen?

20 Zweifellos wurden zuletzt schnelle Fortschritte bei der Förderung von Schieferöl erzielt. Wann man den gesamten Energiesektor betrachtet, wird klar: in den vergangenen beiden Jahren wurden die meisten technischen Verbesserungen beim Fracking erzielt. Die Kosten für Schieferöl sind viel schneller zurückgegangen als beispielsweise für Solarenergie. Das sind Folgen der intensiven Praxiserfahrung, des harten Wettbewerbs in der Lieferkette und auch von Big Data, also der effektiven
25 Nutzung von Daten.

Sind die schwierigen Zeiten für die amerikanischen Schieferöl-Produzenten überwunden?

30 Die Jahre 2015 und 2016 waren sehr schwierig für die Schieferölindustrie. Schieferöl wird schließlich nicht von den großen Ölkonzernen gefördert, sondern von mittleren Unternehmen. Es gibt klare Zeichen für eine Erholung der Investitionen in Schieferöl - auch dank der technologischen Verbesserungen der vergangenen beiden Jahre. Heute ist es dank der Auswertung von einer Fülle von Informationen möglich, sehr viel zielgerichteter und wirkungsvoller Schieferöl und - gas in den USA zu fördern. Die Bohrkosten sind dadurch gesunken und im Gegenzug wurden die Fördermengen
35 gesteigert. Die Schieferöl-Branche besitzt daher Kampfgeist. Ihre einzige Achillesferse bleibt der weitere Kapitalzufluss.

Ist das derzeit überhaupt noch eine Achillesferse?

40 In der aktuellen Marktsituation wird der Appetit der Wall Street weiterhin sehr groß sein.

Der Dow Jones hat in der vergangenen Woche die Grenze von 21 000 Punkten übersprungen. Wird die großartige Stimmung an den Börsen den Schieferöl-Boom beschleunigen?

45 Die Schieferöl-Produktion ist ausgesprochen kapitalintensiv. Die gute Verfassung der Börsen und die anhaltende Niedrigzinsphase erlauben den Fracking-Firmen daher viele flexible Möglichkeiten ihre Investitionen zu finanzieren.

Was heißt die Erholung des Frackings in den USA für den Ölpreis?

50 Die Nachfrage nach Öl entwickelt sich derzeit gut. In den vergangenen zwei Jahren haben wir unsere Prognose jeweils nach oben korrigiert. In dieser Zeit wuchs unsere Zuversicht hinsichtlich der Nachfrage. Der Zusammenbruch der hohen Ölpreise hat die Nachfrage stark stimuliert. Kurz und mittelfristig dürfte sie ziemlich robust bleiben.

55

Ende des vergangenen Jahres hat die Opec zusammen mit Russland und weiteren Ländern eine Kürzung der Ölproduktion beschlossen und größtenteils auch umgesetzt, um den Preis wieder deutlich nach oben zu treiben. Wird die Opec diese Politik fortsetzen?

60 Wir spekulieren nicht über die Opec-Länder und ihre Strategie. Wir erkennen die Entscheidung eines jeden Landes an, über seine Fördermengen zu entscheiden.

Aber Sie haben doch eine Meinung?

Wir sagten bereits vor der Opec-Entscheidung: Der Markt wird sich ausbalancieren. 65 Noch nie hat die Ölindustrie weltweit harte Kürzungen von 300 Milliarden Dollar in der Branche gesehen. Klar ist, wenn die Opec Kapazitäten aus dem Markt nimmt, wird der globale Ölmarkt enger. Es ist aber auch sehr offensichtlich, dass davon die amerikanischen Produzenten des Schieferöls profitieren werden.

70 *Würde ein dauerhaft niedriger Ölpreis den Durchbruch von elektrischer Mobilität verhindern?*

Praktisch in jedem Land werden elektrische Autos staatlich subventioniert. Natürlich würde die Lücke zwischen Kosten und Rentabilität noch größer, sollte der Ölpreis wegen eines Überangebots um zehn Dollar pro Fass sinken. Doch am Ende ist der 75 Durchbruch von Elektromobilität vor allem eine politische Frage. Wie lange sind die Länder bereit, elektrische Fahrzeuge zu subventionieren? Wenn es Millionen von elektrischen Fahrzeugen pro Land geben sollte, kann das schnell zum finanziellen Problem werden. Das E-Auto muss daher schnell zum Massenprodukt werden, bevor die Finanzminister die Geduld verlieren. Noch aber fahren 99 Prozent der Autos mit 80 Benzin oder Diesel.

Quelle: Siebenhaar, H.-P., Handelsblatt, Nr. 046, 06.03.2017, 27

Uniper zieht sich aus Sibirien zurück

Die Eon-Abspaltung verkauft Anteil an einem Gasfeld an OMV.

5 Am vergangenen Donnerstag war Klaus Schäfer in der Zentrale des mächtigsten
Gaskonzerns der Welt zu Gast: Der Chef des deutschen Energieunternehmens Uniper
traf den Chef von Gazprom, Alexej Miller. Die beiden Manager hätten über ihre
Kooperation im Energiesektor gesprochen, vor allem bei der Produktion und dem
Transport von Gas, ließ der russische Branchenriese im Anschluss offiziell verlauten.
10 Es ist zu vermuten, dass Schäfer seinen Gesprächspartner im Hintergrund auch auf
einen spektakulären Deal vorbereitete. Nur wenige Tage später hat er die Kooperation
der beiden Unternehmen schließlich in einem entscheidenden Punkt beschnitten:
Uniper und Gazprom beenden ihre Kooperation bei der Förderung von Gas. Das
deutsche Unternehmen, in das Eon Anfang vergangenen Jahres das alte Geschäft mit
15 den Kohle- und Gaskraftwerken und den Großhandel abgespalten hat, steigt aus dem
Gasfeld Juschno-Russkoje in Westsibirien aus, das mehrheitlich Gazprom gehört.
Uniper verkauft seinen Anteil von knapp 25 Prozent für 1,75 Milliarden Euro an den
österreichischen Öl- und Gaskonzern OMV. Die anderen 25 Prozent gehören der
BASF-Tochter Wintershall.

20 An der Börse kam die überraschende Ankündigung gut an: Die Uniper-Aktie legte
zwischenzeitlich um mehr als drei Prozent zu. Die Aktie notiert mit knapp 14 Euro um
fast vier Euro über dem Kurs von 10,015 Euro, zu dem Eon im September 53,35
Prozent von Uniper an der Börse platziert hatte. Schäfer löst mit dem Verkauf
25 schließlich ein zentrales Versprechen weitgehend ein, das er vor einem Jahr dem
Kapitalmarkt gegeben hat: Bis Ende 2017 will der 49-Jährige durch Verkäufe rund
zwei Milliarden Euro einnehmen. „Durch den Verkauf des Anteils an Juschno-
Russkoje wird es uns gelingen, bereits zu diesem frühen Zeitpunkt unser
Entschuldungsziel fast vollständig zu erreichen“, betonte Schäfer.

30 Uniper ist auf die Entlastung dringend angewiesen. Die konventionellen Kraftwerke,
die das Unternehmen von Eon übernommen hat, stehen wegen der Energiewende
gehörig unter Druck. Weil der Markt mit Wind- und Solarenergie geflutet wird,
werden die Kraftwerke aus dem Markt gedrängt und verdienen immer weniger. Zum
35 dritten Quartal wies Uniper wegen hoher Abschreibungen unter dem Strich einen
Fehlbetrag von 4,2 Milliarden Euro aus. Andererseits trennt sich Schäfer zu einem
vergleichsweise ungünstigen Zeitpunkt von dem Asset. Die Gaspreise sind in den
vergangenen Jahren mit dem Ölpreis gesunken - und entsprechend hat sich der Wert
des Feldes verringert. Als Eon 2009 bei Juschno-Russkoje eingestiegen war, gab der
40 Konzern Gazprom-Aktien zurück, die damals knapp vier Milliarden Euro wert waren.

Der Wertverlust war aber schon beim Spin-off in der Eon-Bilanz berücksichtigt
worden. Uniper muss jetzt noch eine Wertberichtigung im „zu vernachlässigenden
Bereich“ hinnehmen, wie es in Konzernkreisen hieß.

45

Quelle: Flauger, J./Siebenhaar, H.-P., Handelsblatt, Nr. 047, 07.03.2017, 18

